

17.12.2009

158b

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Kommentar zur Stellungnahme „Auf dem Weg aus der Krise“

von Prof. Dr. Hans-Peter Burghof, bei der Pressekonferenz am
17.12.2009 in München

Im nun zu Ende gehenden Jahr haben wir in einer recht interdisziplinär aufgestellten Gruppe von Wissenschaftlern für die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischofskonferenz Fragen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise diskutiert. Dazu haben wir ein Arbeitspapier verfasst, dessen Endfassung heute vorgestellt wird. Beteiligt daran waren der Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie Bernhard Emunds, der Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik Gerhard Kruij, der Professor für Sozialpolitik und Sozialökonomie Martin Werding. In dieses Kompetenzspektrum durfte ich meine Kenntnisse als Wirtschaftswissenschaftler mit bankwirtschaftlichem Schwerpunkt einbringen.

Die Interdisziplinarität der Arbeitsgruppe ergibt sich aus ihrer Zielsetzung: Es galt, die zentralen Probleme, die in der Krise sichtbar wurden, herauszuarbeiten und aus ihnen sozialetische und ordnungspolitische Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die aktuelle Krise führt zu einer Reihe von moralischen Dilemmata: Wie kann man die Banken retten und die Stabilität des Bankensystems gewährleisten, ohne Eigentümer und Manager aus der Haftung für ihr unverantwortliches Verhalten zu nehmen? Wie sind die hohen Ausgaben für die Stabilisierung des Bankenapparates und der Wirtschaft zu rechtfertigen, wo doch so viele andere dringliche Aufgaben des Staates und der Gesellschaft ihrer Lösung harren? Wie lässt sich durch neue regulatorische Vorgaben eine Wiederholung der Krise verhindern, ohne dabei die wirtschaftliche Freiheit zu ersticken und damit letztlich unseren Wohlstand dauerhaft zu schädigen? Und auf wessen Kosten soll und kann die überzogene Verschuldung der Staaten zurückgeführt werden?

Die Krise ist nicht gerecht. Sie erfüllt in vielen Aspekten ihres Ablaufs und ihrer Bewältigung oft nicht einmal die einfachsten Fairnesskriterien. Die politisch Handelnden haben einen Drahtseilakt zu bewältigen, denn auf der anderen Seite gilt es, um nahezu jeden Preis den Zusammenbruch des Bank-, Finanz- und Wirtschaftssystems zu verhindern. Der Schaden wäre einfach zu groß und würde die Lebensbedingungen vieler Millionen Menschen entscheidend verschlechtern. Allein der gute Wille vermag dagegen wenig,

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

und die oft wohlfeilen moralischen Urteile und Verurteilungen sind nicht selten völlig verfehlt, weil sie diese übergeordneten Ziele staatlichen Handelns verkennen.

Die Arbeitsgruppe sieht in der Finanz- und Wirtschaftskrise keine grundlegende Wiederlegung des Paradigmas der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist aber ein Testfall für ihre Fähigkeit, sich zu wandeln und den Bedürfnissen der Menschen unter veränderten gesellschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Die Krise ist ein Signal dafür, dass in diesem Wandlungsprozess Defizite und Fehlentwicklungen aufgetreten sind. Eine Kernfrage ist dabei, wie weit die Rahmensetzung und Intervention des Staates reichen sollten und wo man den Marktkräften freien Lauf lassen darf. Daneben stellt sich die Frage, warum Menschen sich bei der Entstehung der Krise derart verantwortungslos verhielten, wodurch sie anderen und oft auch sich selbst großen Schaden zugefügt haben.

Auslöser der Krise waren die für sich genommen durchaus sinnvollen oder zumindest doch gut gemeinten Finanzinnovationen des amerikanischen Subprime-Marktes und der Verbriefungstechnologie. Die nur an kurzfristigem Gewinn orientierten Aktivitäten einiger großer Investmentbanken und eines kleinen Kreises internationaler Rating-Agenturen sind verantwortlich dafür, dass diese Innovationen zu einem globalen Systemrisiko wurden und weltweit Banken massiv schädigen konnten. Viele dieser Schäden hätten wohl durch eine bessere Aufsichts- und Wirtschaftspolitik verhindert werden können.

Es gibt jedoch tieferliegende Ursachen für die Finanzkrise, die sich, wenn nicht über die Subprime-Krise, dann an anderer Stelle ihre Bahn brechen. Der globale Wettbewerb um Kapital und Absatzmärkte bewirkt eine überzogene Ausrichtung der Unternehmenspolitik am kurzfristig darstellbaren Erfolg. Die Unternehmen setzen sich Renditeziele, die nur zu Lasten des langfristigen Erfolgs und auf Kosten der Allgemeinheit erreicht werden können. Dies geschieht zum Beispiel durch eine überzogene Verschuldung der Unternehmen oder durch Entlohnungsmodelle für Mitarbeiter, die diesen extreme Arbeits- und Risikoanreize vermitteln. Mitarbeiter, die so entlohnt werden, zerstören durch ihr kurzfristiges Gewinnstreben langfristige Kundenbeziehungen und gehen exzessive Risiken ein. Sie verhalten sich oft aber auch gegenüber Eigentümern und Unternehmensleitungen egoistisch und illoyal und schaden dadurch sich und ihrem Unternehmen. Auch wenn ein solches Verhalten aus verfehlten Anreizstrukturen resultiert, ist damit niemand seiner individuellen Verantwortung ledig. In erster Linie sind allerdings diejenigen in der Pflicht, die solche Anreizstrukturen schaffen und andere diesen unterwerfen.

Die im Gefolge der Finanzkrise aufgetretene allgemeine Wirtschaftskrise hat teilweise ähnliche Ursachen. Daneben gibt es aber auch Anzeichen für grundlegende Strukturprobleme, die speziell die Realwirtschaft betreffen. Im Boom wurden auch durch die extensive Kreditvergabe in vielen Branchen Überkapazitäten befördert. Stark steigende Rohstoffpreise deuten darauf hin, dass auf Grund des hohen Wachstums einiger sehr großer Volkswirtschaften die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen vor der Krise nicht mehr gedeckt werden konnte. Dies sowie die gestiegene Aufmerksamkeit für das Problem des Klimawandels hätten in zahlreichen Branchen, namentlich in der Automobilindustrie, zu Anpassungen der Produktionstechnologien, Produktpaletten und Konsumgewohnheiten führen müssen. Der

Anpassungsbedarf wurde durch das künstlich genährte Wachstum lange überdeckt und tritt nun in einer schockartigen Korrektur hervor.

Zur Komplexität der Krise und ihrer Bewältigung trägt sicher auch ihre globale Dimension bei. Der internationalen Kooperation kommt daher bei der Krisenbekämpfung eine Schlüsselrolle zu. Internationale Aufsichtsinstanzen können dazu beitragen, auf globale Systemrisiken hinzuweisen, Lücken in der Regulierung aufzudecken und durch Vorgabe von Mindeststandards einem schädlichen Deregulierungswettbewerb der globalen Finanzstandorte Einhalt zu gebieten. Bei der Gestaltung der Zusammenarbeit mit diesen Institutionen und zwischen den Staaten ist jedoch zu berücksichtigen, dass gerade die Vielfalt der Finanzsysteme der einzelnen Staaten und der Institute innerhalb der Staaten in Krisen stabilisierend wirkt, während eine globale Instanz Gefahr läuft, zu einer Vereinheitlichung der Systeme beizutragen. Daneben ist zu befürchten, dass solche Institutionen oft nicht ausreichend kontrolliert und am Gemeinwohl ausgerichtet werden können. Grundlage einer erfolgreichen Eindämmung der Risiken für das internationale Finanzsystem sollten vor diesem Hintergrund zunächst nur Vereinbarungen zwischen den Staaten selbst sein.

Ein üblicher Reflex der Regierungen bei Wirtschaftskrisen ist es, deren Auswirkungen durch Ausgabeprogramme zu mildern. Gerade die aktuelle Krise hat daher umfänglichste Konjunkturprogramme ausgelöst. Dieses Vorgehen ist vor allem mit Blick auf den Arbeitsmarkt verständlich und in Maßen sinnvoll. Dabei sollten aber die fundamentalen Ursachen der Krise nicht aus den Augen verloren werden, um nicht im Extremfall genau die Instrumente zur Anwendung zu bringen, die ihrerseits die Krise ausgelöst haben. Wirtschaftliches Wachstum bedarf angesichts der ressourcenökonomischen und ökologischen Situation einer Neubewertung. Ein in diesem Sinne qualitatives Wachstum muss die wahren Kosten des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs berücksichtigen. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass sich die Frage nach wirtschaftlichem Wachstum und nach der Teilhabe an dem daraus resultierenden Wohlstand heute in globaler Dimension stellt. Wirtschaftliche Entwicklungen, die gerade in den letzten Jahrzehnten zu einer Verbesserung der Situation der Menschen in vielen Entwicklungsländern geführt haben, werden durch die Krise in Frage gestellt. Auch hier müssen Wege zu einem nachhaltigen Wachstum gefunden werden.

Schließlich müssen die hohen fiskalischen Kosten der Krise bewältigt werden. In der Gestaltung des Staatshaushaltes kulminieren die zahlreichen Interessenkonflikte in unserer Gesellschaft. Gegenüber kommenden Generationen besteht die Verpflichtung, den Staat nicht durch eine überbordende Schuldenlast zu paralysieren. Alle Maßnahmen zum Schuldenabbau verletzen jedoch berechnete Interessen, so an einer stabilen Währung, an ausreichenden staatlichen Leistungen und an einer das wirtschaftliche Wachstum fördernden Steuerpolitik. Jedes Konzept zum Schuldenabbau wird daher gesellschaftliche Konflikte auslösen. Dennoch kann man die Verantwortlichen nur dazu ermutigen, sich mit möglichst großer Ehrlichkeit hinsichtlich der tatsächlichen Lage auf diese Konflikte einzulassen und für eine nachhaltige Finanzpolitik zu sorgen, die das Vertrauen der Bürger verdient.